

186,3 Millionen Euro hat die Bundesregierung im Jahr 2021 für externe Berater ausgegeben. Über diese Kosten muss sie seit 2007 den Haushaltsausschuss des Bundestags einmal im Jahr informieren. Alle paar Jahre prüft der Bundesrechnungshof (BRH), ob die Regierung dieser Pflicht „sachgerecht“ nachkommt, holt eine Stellungnahme des Bundesfinanzministeriums (BMF) ein und schickt dem Haushaltsausschuss seinen eigenen Bericht.

So auch wieder in diesem Jahr – und da gibt es Kritik. WELT liegt das 32-seitige Schreiben vom 9. November vor. Der Bundesrechnungshof drückt darin seine Unzufriedenheit über die Regierung aus und fordert eine „Reform des Verfahrens“.

Weiterlesen mit **WELT+**

WELTplus

~~12,99 €~~ **1 €** / Monat

Jederzeit kündbar

JETZT FÜR 1 € TESTEN

ZUM LOGIN FÜR ABONNENTEN

WELT+ FEHLENDE KONTROLLE

Kosten für externe Berater – Rechnungshof kritisiert Intransparenz der Bundesregierung

Stand: 13:05 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten



Von **Benjamin Stibi**
Freier Mitarbeiter Investigation & Reportage



Einmal im Jahr muss die Regierung den Haushaltsausschuss über ihre Ausgaben für externe Berater informieren – der Bundesrechnungshof fordert nun eine Reform des Verfahrens

Quelle: dpa-tmn/Alexander Heint

In einem neuen Prüfbericht fordert der Bundesrechnungshof die Bundesregierung auf, das Parlament umfassender über die Ausgaben für externe Unterstützung zu informieren. Aktuell gebe es bloß unvollständige Angaben, ein Drittel der Beraternamen würden nicht genannt. Außerdem seien die Angaben voller Fehler.

186,3 Millionen Euro hat die Bundesregierung im Jahr 2021 für externe Berater ausgegeben. Über diese Kosten muss sie seit 2007 den Haushaltsausschuss des Bundestags einmal im Jahr informieren. Alle paar Jahre prüft der Bundesrechnungshof (BRH), ob die Regierung dieser Pflicht „sachgerecht“ nachkommt, holt eine Stellungnahme des Bundesfinanzministeriums (BMF) ein und schickt dem Haushaltsausschuss seinen eigenen Bericht.

So auch wieder in diesem Jahr – und da gibt es Kritik. WELT liegt das 32-seitige Schreiben vom 9. November vor. Der Bundesrechnungshof drückt darin seine Unzufriedenheit über die Regierung aus und fordert eine „Reform des Verfahrens“.

Weiterlesen mit **WELT+**

Sparen Sie bis zu 63 % in den ersten vier Monaten

WELTplus

~~12,99 €~~ **1 €** / Monat

Jederzeit kündbar

JETZT FÜR 1 € TESTEN

- ✓ **Exklusiv für Neukunden**
1 € im ersten Monat, 2. bis 4. Monat 5,99 €/mtl., danach 12,99 €/mtl.
- ✓ **Unbegrenzter Zugang**
Alle Inhalte auf welt.de + WELT News App
- ✓ **Jederzeit kommentieren**
Werden Sie Teil der WELT-Community + WELT Club
- ✓ **Exklusive Newsletter**
Das Beste von WELTplus + Backstage – direkt in Ihr E-Mail-Postfach

ZUM LOGIN FÜR ABONNENTEN

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/248527504>